

Dummes Leben

Erwiderung auf „Frei von Leid und Schmerz“, FR-Forum vom 20. Juli

Zu Hilal Sezgin's Kolumne „Das Recht auf das eigene Leben“ wurden drei Leserbriefe veröffentlicht, allesamt den Inhalt ihres Beitrags begrüßend. Mir lag dagegen Widerspruch auf der Zunge, als ich die Kolumne las, mochte sie nur nicht gleich über die Tastatur bringen, weil ich es schon richtig finde, dass es auch in der FR eine Ecke für Veganer gibt. Nur scheint mir das Echo im FR-Forum das eher vielfältigere Meinungsbild der FR-Leserschaft nicht recht widerzuspiegeln.

Während Hilal Sezgin meint, ein Tier habe ein „Recht auf das eigene Leben“, meine ich, die Welt, die der Mensch mit anderem Leben teilt, differenzierter betrachten zu müssen. Fraglos hat jeder Mensch ein Recht auf sein Leben, bedarf dazu natürlich auch einer Ernährung, die aber ohne Beeinträchtigung anderer Lebens kaum möglich ist. Veganer sehen grundsätzlich nur Tierrechte, aber keine Pflanzenrechte, womöglich auch keine Pilzrechte.

Auch Pflanzen (und Pilze) leben, sind sensibel und können kommunizieren! Ob man Pflanzen „Intelligenz“ zuspricht, scheint mir dabei nebensächlich und in diesem Zusammenhang eher auf das niedrige Niveau „Ich esse nur dummes Leben“ zu führen. Jedenfalls ist rein pflanzliche Ernährung nur auf Kosten dieses Lebens möglich; denn wenn Frutarier versuchen, auch die Pflanzenrechte zu beachten, gefährden sie mit Mangelernährung ihre eigene Gesundheit!

Richtig kann meines Erachtens nur ein respektvoller Umgang mit allem anderen Leben sein, und dieser Respekt schließt Fleischessen nicht aus.

Christian Horz, Reinfeld

Diskussion: frblog.de/lf-20210719



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.



Lavendel und Oregano

„Liebe FR“, schreibt Eleonore Poensgen aus Frankfurt zu ihrem Foto, „mein Gartenbild hat zwar keine einzelne Biene, dafür real Hunderte am Tag in Lavendel, Oregano, Rosen und Sonnenhut“. Liebe Frau Poensgen, da freuen sich nicht nur die Bienen, sondern auch noch viele andere Insekten, denn diese Kräuter sind wunderbar für die Tiere. Vielen Dank für das Foto, das auch hier veröffentlicht wurde: frblog.de/garten-18. Ihr Bronski

FOTO: ELEONORE POENSGEN

Utopische Vorstellungen

Linke: „Meine Partei ist gut vorbereitet“, FR-Politik vom 10. Juli

Die Analyse von Susanne Hennig-Wellsow greift zu kurz. Zum einen bleiben erhebliche Zweifel, ob die Linkspartei inhaltlich gut auf mögliche Regierungsgespräche mit Grünen und PD vorbereitet wäre, wenn man nur an die Außenpolitik und dabei insbesondere den ungelösten Knackpunkt der Auslandseinsätze der Bundeswehr denkt, wo z.B. im Kosovo bei einem Abzug der Soldaten jederzeit wieder ein offener Konflikt zwischen den verfeindeten Ethnien ausbrechen kann. Zum anderen spricht viel dagegen, dass sich auf den letzten Metern des Wahlkampfes das Blatt noch einmal für die eine oder andere Partei wenden wird, da gerade in den langen Sommermonaten aufgrund von Ferien und Urlaubsstimmung ein wirkungsvolles Agenda-Setting kaum möglich ist und nach wie vor die Corona-Krise die öffentliche Debatte dominiert. Deshalb sollte die Linke weniger auf eine utopische Regierungsbeteiligung im Bund schielen als vielmehr sich von innen her grundlegend modernisieren, zumal hier mit einer zunehmenden akademischen Distanz zur Arbeiterklasse bzw. werktätigen Bevölkerung sowie der in vielen Landesverbänden fehlenden Diversität zwei nicht unerhebliche Achillesfersen für die eigene Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit existieren!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Das Versagen, das zur Klimakrise führt, hat viele Gesichter

Unwetter: „Der Mann der Phrasen“, „Wütendes Wetter“, „Laschet“, FR-Meinung vom 15. und 17. Juli und FR-Feuilleton vom 19. Juli

Schulduzuweisung ist eine bequeme Ausrede

In der Folge der schweren Unwetter der letzten Tage geht das Wort vom Versagen und den Versäumnissen der Politik durch die Medien (unter anderem im Kommentar von Joachim Wille). Der Fakt ist unbestreitbar, jedoch der Zusammenhang fehlt. Der Vorwurf an „die Politik“ greift mir zu kurz.

Konservative Parteien wie die CDU werden gewählt, um den Status quo zu erhalten, damit alles schön so bleibt wie es ist und wie wir es gewohnt sind. Sie müssen ihren Wählern garantieren, dass sich nichts Wesentliches ändert, das liebgewonnene Gewohnheiten erschüttern könnte. Parteien, die ernsthafte Veränderungen vorschlagen, werden von Wählern und Presse unisono abgestraft. Die Grünen können ein Lied davon singen: Sei es ein höherer Benzinpreis, sei es der Veggieday, sei es Begrenzung der Flächenversiegelung durch riesige Einfamilienhaussiedlungen – jedes Mal kochte die Empörung hoch. Einfache und klimapolitisch wirksame Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr scheitern nicht allein an der Auto-Lobby (wobei deren enorme Macht nicht bestritten werden soll),

sondern eben auch an deutschen Autofahrern (jedenfalls an einem großen Teil derselben).

Das Versagen, das uns immer weiter in die Klimakrise treibt, ist keineswegs nur ein „der Politik“, sondern eins einer Gesellschaft, die zu satt und zu feige ist, um ihr besseres Wissen in Praxis umzusetzen. Die Schulduzuweisung an „die Politik“ ist nur eine bequeme Ausrede! Claudia Möller, Ranstadt

Die Kohl-Regierung hat alles in die Tonne getreten

Dass es im Katastrophenschutz gewaltig knirscht, ist schon seit den letzten Hochwässern 2002/2013 hinlänglich bekannt. Ich bin seit fast 40 Jahren im aktiven Feuerwehrdienst einer freiwilligen Feuerwehr, und seit der deutschen Wiedervereinigung wurde der Katastrophenschutz gegen die Wand gefahren. Bis 1990 war die Katastrophenvorsorge eigentlich eine Länderangelegenheit, wurde aber im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes durch den Bund wahrgenommen. Es gab ein einheitliches Konzept, eine einheitliche Ausstattung und übergreifende Einheiten. Mit der Wiedervereinigung wurde das alles durch die Kohl-Regierung in die Tonne getreten. Jedes Bundesland musste den eigenen Katastro-

phenschutz aufbauen. Das Bundesamt für Zivildienst wurde aufgelöst, die Warnämter wurden geschlossen. Beim THW wurden über 30 000 Helferstellen gestrichen. Alles unter dem Motto „Es gibt keine Bedrohungslage mehr, das brauchen wir nicht mehr“.

Erste Probleme gab es schon 1998 in der Hochwasserlage am Rhein. Da konnte noch das Material, Fahrzeuge, Boote etc., von den Sammelstellen der Vebeg (Verwertungsunternehmen des Bundes, Anm. d. Red.) zurückgeholt werden. 2002 war davon nichts mehr da. Was dann passierte, ist bekannt. Erste Stimmen wurden laut, was alles wieder benötigt wird. Warneinrichtungen für die Bevölkerung, aber auch für die Katastrophenschutzstäbe, automatische Sensoren auch für atomare Gefahren. Ausrüstung für die Daseinsvorsorge, Notküchen, Notwasserversorgung etc. Geschehen ist nur wenig, das meiste auf dem Papier.

2013 das nächste Hochwasser, wieder ging es um Material für den Hochwasserschutz, mobile Dammsysteme, Warneinrichtungen, Boote. Zwischendurch gab es das Problem der Vogelgrippe mit Absperrung ganzer Landstriche. Mittlerweile haben wir eine Seuche bei uns Menschen, und eine weitere Tierseuche, die Afrikani-

sche Schweinepest (ASP), steht vor der Tür. Wieder aktuell, Verschleppung des Virus durch den Menschen, Verhinderung des Sprunges auf den Menschen.

Im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes gab es in den staatlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge Regieeinheiten, die sich um die Infrastruktur kümmern sollten. Im Zuge der Privatisierung von Energieversorgung, Bahn und Post, wurden diese Einheiten aufgelöst. Fernmeldeeinheiten brauchen wir nicht. Notkrankenhäuser wurden aufgelöst. Ich frage mich welche Kompetenz haben Personen, die solche Entscheidungen treffen?

In Frankfurt haben wir vor Jahren ähnliche Ereignisse (Niedererlenbach, Starkregen) wie jetzt in der Eifel gehabt. In Niederursel wird wiederholt die Spiegelsasse geflutet. Die Flächenversiegelung in Oberursel trägt ihre Früchte nach Frankfurt. Die seit 1975 geplanten Rückhaltebecken im Bereich der Krebsmühle stehen nur auf dem Papier. Ein Starkregenereignis im Vordertaunus würde in den nördlichen Stadtteilen zu einem ähnlichen Ergebnis führen wie in der Eifel. Wann werden endlich Konsequenzen gezogen?

Stefan Ziegler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/branson

FR ERLEBEN

Viktor Funk liest aus seinem Roman „Mein Leben in Deutschland begann mit einem Stück Bienenstich“. Eintritt frei. Bienenstich, Käse und Wein kosten eine Kleinigkeit. Anmeldung per Mail an Edgar.Weick@t-online.de. **Kulturkeller, Bolongarostr. 186, Frankfurt-Höchst**
Montag, 26. Juli, 18 Uhr

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210719